

spotlight europe

2015/01 — April 2015

Unruhige Zeiten im Disunited Kingdom

Joachim Fritz-Vannahme

Bertelsmann Stiftung, joachim.vannahme@bertelsmann-stiftung.de

Mit den Unterhauswahlen am 7. Mai 2015 wird sich in Großbritannien nicht nur die Parteienlandschaft radikal verändern. Die Briten müssen auch die europäische, die schottische und die englische Frage beantworten. Wie, das ist völlig offen. Europäische Politik wird dadurch aber sicher nicht einfacher.

spotlight europe # 2015/01

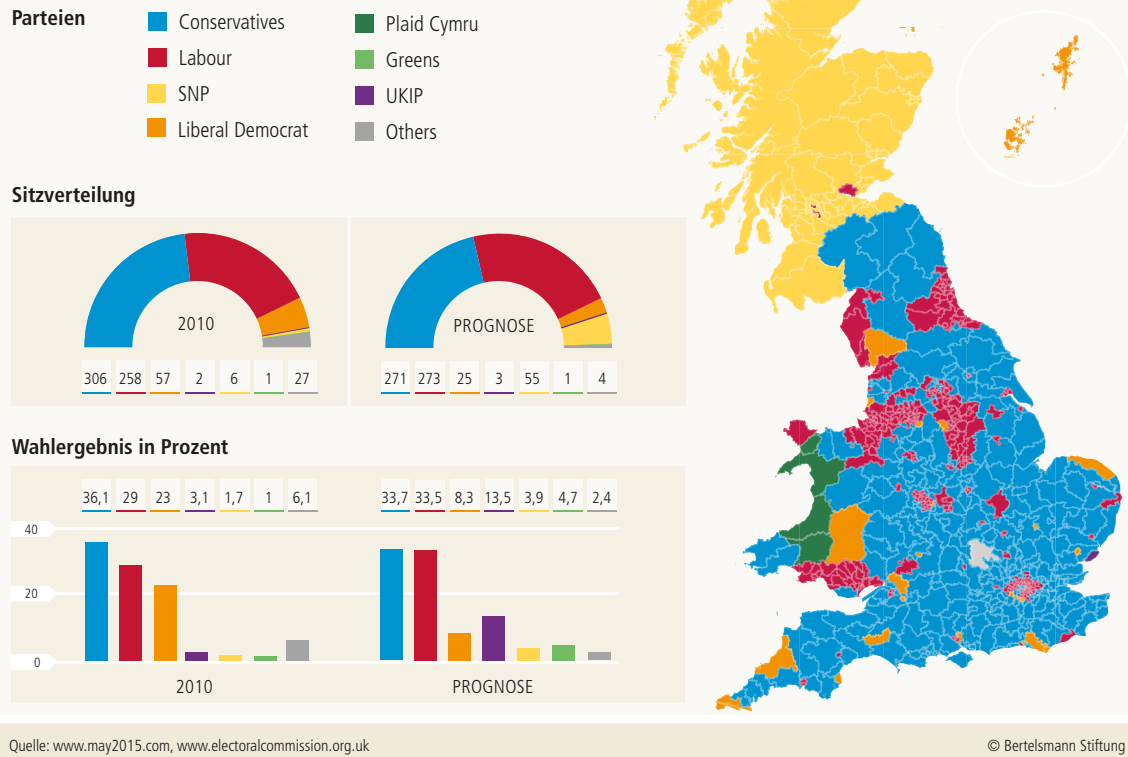
Am 15. Juni wird das ganze Land den 800. Geburtstag der Magna Charta feiern, Grundstein des angelsächsischen Rechts und der modernen Demokratie. Die Lust zum Feiern dürfte getrübt sein: Denn mit den kommenden Unterhauswahlen rutscht das Vereinigte Königreich endgültig in eine Verfassungskrise. Das Alte stirbt, das Neue muss sich erst noch als lebensfähig erweisen. Seit 1885 sitzen sich Regierung und Opposition im Unterhaus auf zwei Schwertlängen gegenüber. Doch was unter Queen Victoria als klares Zwei-Parteien-System in Westminster entstand, zerfällt unter der späten Queen Elisabeth II. in ein fragmentiertes Sieben-Parteien-System mit ungeahnten, auch unmöglichen Allianzen.

Damit aber wird auch der stillschweigende Pakt zwischen Wähler und Gewählten hinfällig:

„First past the post“, lautet die goldene Regel des britischen Mehrheitswahlrechts seit 130 Jahren. Sie sicherte der stärksten Partei, hieß sie nun Labour Party oder Conservative Party, eine klare Mehrheit und Regierungsfähigkeit und brachte kleine Parteien um ihre Chancen, mitzuregieren. Jahrzehntelang erwies sich dieses System als stabil, unfair und effizient. Damit ist es vorbei. Getäuscht haben sich Wähler und Politiker in der Annahme, dass die derzeitige Koalition aus Konservativen und Liberalen Demokraten eine Anomalie des alten Systems sei, die sich rasch auswachsen würde. Künftig müssen die Briten für das Unterhaus nicht mit drei, sondern sieben Spielern im System rechnen – den beiden Großen Labour und Conservative Party, den Liberalen, der UKIP, der Green Party und den schottischen und walisischen Nationalisten.

Uneiniges Königreich

Wahlergebnis Parlamentswahl 2010 und Prognose Mai 2015



„Britanniens Abrutschen in eine Politik mit sechs Parteien lässt Instabilität und eine Krise der Legitimität erahnen“, konstatiert am 21. Februar 2015 das Nachrichtenmagazin „Economist“ und schreibt weiter: „Das Rennen (dieser Wahl A.d.R.) bestimmen die drei Aufständischen: Die *Scottish National Party* (SNP), die Schottland raus aus Britannien führen will; die *UK Independence Party*, die Britannien aus Europa herausführen will; und die *Green Party*, die den ‚Hyper-Kapitalismus‘ sowohl aus Britannien als auch aus Europa verjagen will. Dies ist der größte Umbruch seit dem frühen 20. Jahrhundert, als Labour die Liberalen ersetzte.“ Ähnlich sieht es die Tageszeitung „Financial Times“ und titelt: „Die große Zersplitterung“. Für ihren Innenpolitik-Chef Philip Stephens gibt es bereits vor der Wahl ein Legitimitätsvakuum: „Es wird gefüllt von den Antis: Anti-Establishment, Anti-Europa, Anti-Immigranten, Anti-Kapitalisten“.

Wir haben es heute mit einem *Disunited Kingdom* zu tun: Das Vereinigte Königreich nach

viktorianischem Muster ist Vergangenheit. Zersplittert ist das Land aber nicht nur parteipolitisch, sondern zusehends auch sozial und geografisch, wie im Folgenden gezeigt werden soll. Das hat Folgen auch für die EU, den wichtigsten Partner der Insel.

Der konservative Premierminister David Cameron hat im Falle einer Wiederwahl versprochen, die Briten bis spätestens 2017 über einen Verbleib in oder einen Austritt ihres Landes aus der Europäischen Union entscheiden zu lassen. Dabei weiß er seit einer Umfrage im Auftrag der Denkfabrik Chatam House 60 Prozent der Befragten hinter sich. Nur 24 Prozent lehnen diese Abstimmung ab. Immerhin, eine hauchdünne Mehrheit (40 Prozent gegenüber 39) würde inzwischen für ein Verbleiben des UK in der EU stimmen, Tendenz leicht steigend.

Derzeit werden außerhalb des Vereinigten Königreiches die dortigen Verhältnisse gern auf diese eine Entscheidung pro oder contra

EU-Mitgliedschaft reduziert. Das jedoch verengt den Blick auf dieses EU-Mitgliedsland in leichtsinniger Weise. Denn gesetzt den Fall, die Briten würden für ihren Verbleib in der Europäischen Union stimmen, so blieben ihre inneren politischen Verhältnisse und damit die britische Politik in der EU weiterhin jenen tiefgreifenden Veränderungen und Verwerfungen unterworfen, die hier untersucht werden sollen.

Mit der verengten Perspektive auf Brexit, also den möglichen Austritt Großbritanniens aus der EU, geht einher ein hohes Interesse für den Aufstieg der *United Kingdom Independent Party* (UKIP) um ihren populären Leader Nigel Farage. Dieser treibt sowohl bei der Europa-Politik (90 Prozent der UKIP-Anhänger sind für einen Austritt) als auch zunehmend bei der Einwanderungspolitik die etablierten Parteien vor sich her. Dem langjährigen Europa-Abgeordneten und ehemaligen Rohstoffhändler in der City of London, von hugenottischer Herkunft, zur Schule gegangen am elitären Dulwich College und in zweiter Ehe verheiratet mit einer Deutschen, gelingt es auf verblüffende Weise, als waschechtes Kind des Establishment im Stil und Gestus des Anti-Establishment-Kämpfers aufzutreten, und sei es mit dem Pint vor dem Pub. Damit erzielt er medial eine höhere Wirkung als der sehr populäre Alec Salmond, der früher der Kopf der *Scottish National Party* (SNP) war und inzwischen den Vorsitz an seine Parteikollegin Nicola Sturgeon abgegeben hat.

Innenpolitisch freilich ist die pro-europäische SNP mindestens so einflussreich geworden wie die UKIP. Nach dem schottischen Referendum zur Unabhängigkeit am 18. September 2014 hatten viele, allen voran Premierminister David Cameron, fest damit gerechnet, dass sich das Thema erledigt hätte. Das Gegenteil ist der Fall. Trotz ihrer Niederlage vervielfachte die SNP ihre Mitgliederzahl inzwischen von 25.000 auf über 90.000 Anhänger - in Schottland bringen es die beiden „großen“ Parteien Labour und Tories jeweils auf rund 20.000.

Am 7. Mai steht der Verlierer vom 18. September den Umfragen nach vor seinem größten Triumph. Dabei helfen das Wahlrecht und der Status von Schottland mit. Den Schotten werden bei nationalen Wahlen 59 Sitze in Westminster

fest eingeräumt. Ende März zeigten die Umfragen, dass die SNP zu Lasten von Labour, traditionell stark im hohen Norden, diesmal bis zu 55 dieser Sitze erobern dürfte - bei einem nationalen Stimmanteil von nur vier oder fünf Prozent.

Labour und Tories lagen Mitte April Kopf an Kopf, 33,5 Prozent der Befragten neigten nach links, 33,7 Prozent nach rechts. Anfang der fünfziger Jahre vereinten die beiden 97 Prozent der Wählerstimmen. Damals gab es im Unterhaus nur zwei Abgeordnete, die keiner der beiden Parteien angehörten, heute sind es 85. Zwei Drittel der Stimmen aber genügen im derzeitigen System noch immer für rund 90 Prozent der Sitze. Die prognostizierten 13,5 Prozent für UKIP, die 8,3 Prozent für die Liberalen oder die 4,7 Prozent für die Green Party zusammen ergeben also ein gutes Viertel der Stimmen, aber bestenfalls ein Zehntel der 650 Unterhaussitze. „Die Parlamentswahl am 7. Mai wird die am wenigsten vorhersehbare der britischen Geschichte“, schreibt Ulrich Storck, Leiter des Londoner Büros der Friedrich Ebert Stiftung.

Den Misserfolg der Liberalen Demokraten von Nick Clegg vor Augen, verweigern sich UKIP und Grüne derzeit jeder Koalition. Anders die SNP: Sie teilt mit Labour vor allem in Fragen des Sozialstaates viele Überzeugungen. Der Preis für ein Regierungsbündnis könnte ein zweites Unabhängigkeitsreferendum sein, womit auf alle Fälle zu rechnen ist, sollte 2017 das Vereinte Königreich die EU verlassen. Denn die Schotten halten Europa die Treue. So prallen die europäische Frage und die schottische Frage aufeinander, wie der Politikwissenschaftler Vernon Bogdanor vom Londoner King's College schreibt: „Die SNP Parteichefin Nicola Sturgeon hat angedeutet, dass ein solches Ergebnis in Schottland nicht als legitim angesehen werden würde und dass Schottland nicht ohne seine Zustimmung aus der Europäischen Union herausgezogen werden kann. Sie argumentiert, dass ein Mandat für das United Kingdom zum Verlassen der Europäischen Union nur durch die Zustimmung eines jeden seiner Teile erreicht werden kann - England, Schottland, Wales und Nordirland“.

Die europäische Frage wird aber noch an einer ganz anderen Stelle des Disunited Kingdom

virulent. Die Regierung Cameron will die Mitgliedschaft auch im Europarat neu bestimmt sehen und sich so der Zuständigkeit des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte entziehen. Diese Politik aber kollidiert mit dem Belfaster Abkommen von 1998. Damals wurde den Nordiren mit Blick auf den blutigen Bürgerkrieg zwischen Unionisten und Nationalisten die Zusage gemacht, dass ihnen „ergänzende Rechte zu denen der Europäischen Konvention über Menschenrechte zustehen, um so die besonderen Umstände in Nordirland zu reflektieren“. Hier treiben die Konservativen also einen weiteren Keil in das Vereinigte Königreich als auch zwischen das UK und das übrige Europa.

Unterstützung für UK als Großmacht

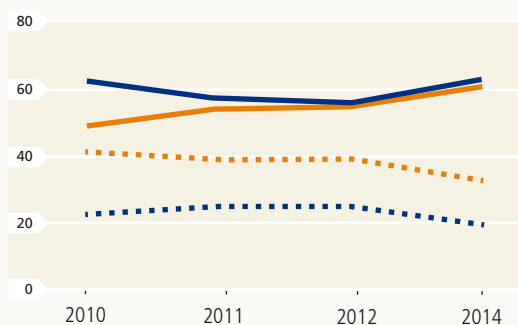
Prozent der Befragten

UK sollte das Ziel haben, eine Großmacht zu bleiben.

— Meinungsführer
— breite Öffentlichkeit

UK sollte akzeptieren, dass es keine Großmacht mehr ist.

— Meinungsführer
— breite Öffentlichkeit



Quelle: Chatham House, YouGov Survey, 08/2014

© Bertelsmann Stiftung

Das Erstarken des schottischen Nationalismus mit erweiterten Rechten für das schottische Parlament vor und nach dem Unabhängigkeitsreferendum befeuerte in jüngerer Zeit die Diskussion über „Englishness“. „Englishness“ zielt nicht nur auf die Frage nach der Identität, sondern auch nach der angemessenen politischen Repräsentation. Warum, so hört man von Konservativen und erst recht von Vertretern von UKIP, dürfen in Westminster eigentlich schottische Abgeordnete über

Gesetze abstimmen, die vor allem Engländer betreffen? Die schottische Frage ist also eine europäische, aber eben auch englische. Von den 650 Unterhaus-Abgeordneten vertreten 533 Wahlkreise in England. Dort leben 85 Prozent aller Briten. Doch haben die Engländer anders als die Waliser, Schotten und Nordiren kein eigenes Parlament. In der britischen Debatte wird dieses verfassungsrechtliche Dilemma seit 1977 als „West Lothian Question“ diskutiert. Damals warf der Labour-Abgeordnete für den Wahlkreis West Lothian die Frage auf: „Wie lange werden englische Wahlkreise und englische Abgeordnete tolerieren, dass mindestens 119 [Abgeordnete] aus Schottland, Wales und Nordirland eine spürbare und oft entscheidende Wirkung auf die englische Politik ausüben, während diese selbst jedoch kein Mitspracherecht in schottischen, walisischen und nordirischen Angelegenheiten haben?“

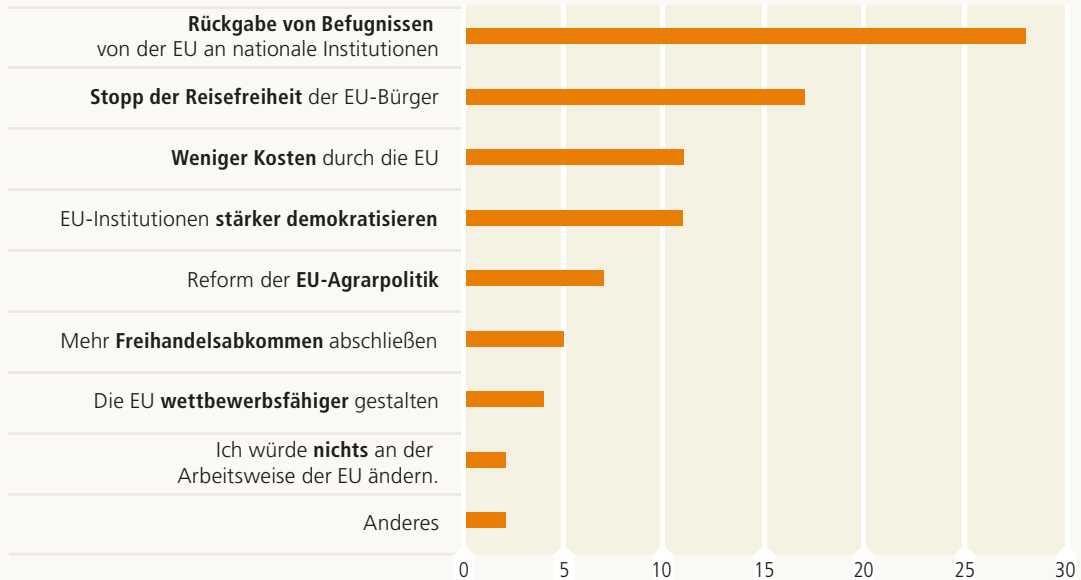
Streng genommen stecken in diesem Dilemma zwei Grundfragen, meint Vernon Bogdanor: „Das bedeutet, dass die Gesetzgebung über das Gesundheitswesen, die Schulen oder die Wohnungspolitik mit den Stimmen schottischer Abgeordneter erfolgt, während englische Abgeordnete für Schottland nicht länger für diese Politikfelder verantwortlich sind.“

Eine logische Lösung wäre ein englisches Parlament. Das allerdings würde dann in einem föderalen System 85 Prozent der Bevölkerung repräsentieren – ein weltweit einzigartiges Phänomen. Eine andere Lösung läge in einer Reihe von Regionalparlamenten in England, was das Übergewicht der 85 Prozent dämpfen würde. Dieser Weg freilich stößt auf andere Hindernisse, wie Bogdanor schreibt: „Es ist richtig, dass in England, im Unterschied zu vielen Ländern auf dem Kontinent und im Unterschied zu föderalen Staaten wie den USA oder Kanada, das regionale Gefühl schwach ausgeprägt ist. Die meisten Leute in England fühlen sich einer Stadt oder einem County zugehörig, nicht aber einer Region. In England sind die Regionen kaum mehr als ein Gespenst.“

Der Riss verläuft nicht nur zwischen Schottland und England, sondern zusehends auch innerhalb Englands. Von den rund 54 Millionen Engländern leben fast 14 Millionen,

Wenn Sie ein Reformthema der EU nennen sollten, welches würden Sie wählen?

Prozent der Befragten, Allgemeine Öffentlichkeit



Quelle: Chatham House, YouGov Survey, 08/2014

© Bertelsmann Stiftung

also fast jeder Dritte im Großraum London. „Eine politische und kulturelle Kluft hat sich aufgetan zwischen London, weiterhin der Global Hub des Olympiajahres 2012, und einem weniger prosperierenden englischen Hinterland. „Die City of London, das für die Jahre von Cool Britannia stilbildend war, ist nach der Bankenkrise und zahlreichen Bankenskandalen beim einfachen Engländer (und darüber hinaus) in Verruf geraten: Der British Social Attitudes Survey berichtete 1983 noch von 90 Prozent der Wähler, die Banken für gut geführte Institutionen hielten; im Jahr 2012 waren es noch 19 Prozent. Das färbt inzwischen insgesamt auf das Ansehen Londons ab: „Die Hauptstadt des Schwarzgelds“ nennt sie die Frankfurter Allgemeine Zeitung am 5. März 2015. Dem Artikel nach sind dort über 36.000 Immobilien in der Hand anonymer Briefkastengesellschaften in Offshore-Zentren wie den British Virgin Islands oder der Isle of Man. Viele von diesen teuren Immobilien stehen leer, sie dienen „offenkundig nur als Parkplatz fürs Geld“.

Wenn also der föderale Weg für das Vereinigte Königreich nicht begehbar ist, wären dann vielleicht andere Lösungen denkbar?

Die Konservativen propagieren seit 2001 die Lösung „Englische Abstimmungen über englische Gesetze“ in ihrem politischen Portfolio. Das jedoch würde, so warnt Bogdanor, zu einem zweigeteilten Unterhaus, einem „bifurcated Commons“ führen: Über Gesundheits- oder Bildungsgesetze würden die Engländer abstimmen, über die Verteidigungs- oder Wirtschaftspolitik alle britischen Abgeordneten. Im Falle einer durchaus möglichen Koalition aus Labour und SNP würde diese Zweiteilung oder Gabelung zum Beispiel immer dann auftreten, wenn die Regierungsmehrheit von den schottischen Abgeordneten abhinge.

Alle diese Gedankenspiele haben ihre Risiken und Nebenwirkungen. Auf diese Weise wird längst nicht mehr über das Gemeinsame und Verbindende nachgedacht, über das Ganze, sondern über das Trennende, Unterscheidende,

also die Einzelteile des Vereinigten Königreichs. Je mehr Kompetenzen weg von Westminster verlagert werden, je mehr „Devolution“ sich die Briten vornehmen, desto schwächer werden die Ligaturen, die Bindungen. Die Briten haben also nicht nur ein Problem mit der Europäischen Union, sie haben auch ein Problem mit ihrer eigenen Union, die seit dem 16. Jahrhundert in den Acts of Union geschmiedet wurde.

Die Veränderung der Parteienlandschaft hat neben politischen und identitätspolitischen vor allem auch soziale Gründe. Das über hundertjährige politische Duopol Labour/Tories wurde zwar durch das Mehrheitswahlrecht befördert und begünstigt, es gründete aber letztlich im britischen Bild und Selbstbild einer Klassengesellschaft. Hier die Arbeiter und Angestellten, die zu Labour halten wie zu einer Familie; dort die Bürger und Aristokraten, die sich über Generationen hinweg zum Stamme der Tories zählten. „Als das britische Klassensystem einem Mischmasch sozio-ökonomischer Gruppen wich, haben sich auch die Stammesloyalitäten zu Labour und den Konservativen verflüchtigt“, analysiert der Economist.

Der BBC Lab UK Survey aus dem Jahr 2013 unterscheidet anhand des ökonomischen, sozialen und kulturellen Kapitals heute sieben Klassenkategorien in der britischen Gesellschaft.

Ganz oben eine Elite, die in allen drei Bereichen das höchste Niveau ihr Eigen nennt. Dann die etablierten Mittelklassen, die größte Gruppe; eine technische Mittelklasse, mit niedrigem sozialen Kapital und kulturell als apathisch beschrieben; die Neuen wohlhabenden Arbeiter, jung und sozial wie kulturell sehr aktiv; die traditionelle Arbeiterklassen, mit dem höchsten Durchschnittsalter von 66 Jahren und häufig im Besitz eines eigenen Häuschens; die aufstrebenden Dienstleistungsarbeiter, jung, urban mit hohem sozialen und kulturellem Kapital. Und schließlich das Prekariat, die ärmste Klasse.

Diese gesellschaftliche Fragmentierung setzt sich im politischen Raum jetzt fort. Wähler sind nicht länger rechts oder links, sie wurden zu politischen Konsumenten mit einem zune-

hmend hohen Anspruch an die Politik und Politiker und einem so wechselhaften wie wählerischen Abstimmungsverhalten.

„Britannien benötigt einen neuen Weg sich selbst zu regieren, und es benötigt eine neue Story - ein bindendes Narrativ, das den gezielten Respekt für die Vergangenheit gestattet, aber nicht länger von dieser gefangen gehalten wird“, resümiert die Financial Times.

Fast zwei Drittel der Briten befürworten der Chatham House-YouGov-Umfrage zufolge das Streben nach einem Status als Great Power (was nicht ganz dasselbe meint wie das deutsche Wort vom Großmacht-Status). Dazu fehlen aber heute schlicht die Mittel: Die derzeitige Regierung aus Konservativen und Liberalen hat die Budgets für Außenbeziehungen und Verteidigung reduziert und im Rahmen der EU vieles verhindert, was diesem Status hätte zuträglich sein können. Das führte so weit, dass die Warnungen aus Washington lauter wurden, um die „special relationship“ zwischen USA und UK sei es unter diesen Umständen schlecht bestellt. Das Minsker Abkommen mit Wladimir Putin handelten die deutsche Kanzlerin und der französische Präsident aus - der britische Premierminister wurde nicht einmal gefragt. Das war nicht anders, als im September 2014 der amerikanische Präsident eine Koalition gegen den Islamischen Staat zu schmieden suchte. Diese Politik passt nicht zum stolzen Satz etwa der Strategic Defence and Security Review 2010 der Regierung: „Unser Land hat immer globale Verantwortungen und globale Ambitionen gehabt. Wir haben eine stolze Geschichte, in der wir für die Werte standen, an die wir glauben.“

Innerlich geschwächt, ökonomisch abhängig von der City of London als größtem Finanzplatz der Welt, und in der EU ebenso wie auf globaler Bühne in einer Randlage, mehr zurückgezogen als zurückgedrängt, müssten sich die Politiker des Vereinigten Königreichs längst ehrlich machen. Anspruch und Wirklichkeit klaffen zusehends auseinander. Ein Nein zur Europäischen Union würde diese Kluft tiefer treiben denn je. Doch selbst bei einem Ja wäre dieses zusehends zerrissene Großbritannien ein schwieriger Partner in der EU. ■

Weitere Literatur

Mark Leonhard, *The British problem and what it means for Europe*.
http://www.ecfr.eu/publications/summary/the_british_problem_and_what_it_means_for_europe311252

Michael Emerson (Ed.), *Britain's Future in Europa*.
<http://www.ft.com/cms/s/0/760f9b7c-c80e-11e4-8210-00144feab7de.html#axzz3Vlleyham>

CER, *The economic consequences of leaving the EU*.
<http://www.cer.org.uk/publications/archive/report/2014/economic-consequences-leaving-eu>

Thomas Raines: *Internationalism or Isolationism? The Chatham House–YouGov Survey British Attitudes Towards the UK's International Priorities*.
<http://www.chathamhouse.org/publication/internationalism-or-isolationism-chatham-house-yougov-survey>

Ulrich Storck: Welche Wahl hat Großbritannien?
<http://library.fes.de/pdf-files/id/11170.pdf>

David M. Smith: England, Devolution and sub-regional policy – A federal approach?
http://fedtrust.co.uk/wp-content/uploads/2015/02/England_Devolution_David_Smith_FEB2015.pdf

Vernon Bogdanor: The crisis of the constitution – The general election and the future of Britain.
<http://www.consoc.org.uk/2015/02/new-paper-by-vernon-bogdanor-the-crisis-of-the-constitution/>

Robert Toms: *The English and their history*. Allen Lane, London, 2014

V.i.S.d.P.

Bertelsmann Stiftung
Carl Bertelsmann Straße 256
D-33311 Gütersloh
www.bertelsmann-stiftung.de

Isabell Hoffmann
isabell.hoffmann@bertelsmann-stiftung.de
Telephone +49 5241 81 81313

Joachim Fritz-Vannahme
joachim.vannahme@bertelsmann-stiftung.de
Telephone +49 5241 81 81421

ISSN 1865-7451

Zuletzt erschienen:

spotlight europe # 2014/02

Im Netz der Populisten
Isabell Hoffmann

spotlight europe # 2014/01

Nordafrika zwischen Krise und Konsens
Christian-P. Hanelt

spotlight europe # 2013/05

Talente fair fördern
Christal Morehouse & Matthias Busse

**Alle Ausgaben des „spotlight europe“
stehen im Internet als Download bereit:
www.bertelsmann-stiftung.de/spotlight**